

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/3500, 10/3740 und 10/3780

- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
(Haushaltsgesetz 1989)

Haushaltsgesetz und Personalhaushalt

Berichterstatter Abgeordneter Weiss CDU (Haushaltsgesetz)
Abgeordneter Bensmann CDU (Personalhaushalt)

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989 - Drucksachen 10/3500, 10/3740 und 10/3780 - wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

"§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989 wird in Einnahme und Ausgabe auf 63 135 062 100 Deutsche Mark festgestellt."

Datum des Originals: 05.12.1988/Ausgegeben: 05.12.1988

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

2. In § 2 Abs. 1 wird die Zahl 5 582 370 000 durch 5 574 370 000 ersetzt.

3. § 7 a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 letzter Satz werden nach den Worten
"- in Fällen des Einzelplans 01 der Präsident des
Landtags,"
die Worte
"- in Fällen des Einzelplans 13 der
Präsident des Landesrechnungshofs,"
eingefügt.

b) In Absatz 2 Buchst. b) wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und danach folgender Buchst. c) eingefügt:

"c) im Geschäftsbereich des Kultusministers in Höhe von

- bis zu 400 Planstellen zur unbefristeten Einstellung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern mit vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen zur Verbesserung des Unterrichtsangebots, davon bis zu 30 Planstellen bei Kapitel 05 340 (Öffentliche Gymnasien), bis zu 30 Planstellen bei Kapitel 05 360 (Öffentliche Kollegs, Abendgymnasien und Abendrealschulen), bis zu 150 Planstellen bei Kapitel 05 380 (Öffentliche Gesamtschulen), bis zu 90 Planstellen bei Kapitel 05 390 (Öffentliche Sonderschulen) für die Schule für Lernbehinderte, bis zu 80 Planstellen bei Kapitel 05 410 (Öffentliche berufsbildende Schulen) und bis zu 20 Planstellen bei Kapitel 05 440 (Öffentliche Kollegschulen),
- bis zu 100 Planstellen zur unbefristeten Einstellung von Lehrern mit voller Pflichtstundenzahl zur Verbesserung des Unterrichtsangebots für Spätaussiedler bei Kapitel 05 310 (Öffentliche Grundschulen) nach Festlegung durch den Kultusminister, insbesondere zur Einstellung von Lehrern mit der Zusatzqualifikation Deutsch als Zweitsprache oder mit den Fächern Polnisch, Russisch oder Rumänisch oder zumindest qualifizierten Kenntnissen in diesen Sprachen."

c) Absatz 3 Buchst. c) erhält folgende Fassung:

"c) abweichend von a) und b) im Geschäftsbereich des Kultusministers

- bis 110 Planstellen zur Beschäftigung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern, die nach dem Haushaltsgesetz 1987 unbefristet mit verringerter Pflichtstundenzahl eingestellt worden sind,

- bis zu 230 Planstellen zur unbefristeten Einstellung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern mit vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen zur Verbesserung des Unterrichtsangebots und zur Wiedereinstellung von Lehrern, die auf nach § 78 b Landesbeamtengesetz freigewordenen Stellen eingestellt wurden und bis zum Ende des Schuljahres 1985/86 mindestens zwei Schuljahre ununterbrochen mit befristeten BAT-Verträgen beschäftigt waren, und die nicht gemäß § 7 a Abs. 3 Buchst. c) Haushaltsgesetz 1986 in ein Dauerbeschäftigungsverhältnis übergeleitet wurden, weil sie die für die Entfristung zum Beginn des Schuljahres 1986/87 festgelegten Fächerkombinationen nicht aufwiesen, davon

bis zu Planstellen bei Kapitel 05 310
(Öffentliche Grundschulen),

bis zu Planstellen bei Kapitel 05 340
(Öffentliche Gymnasien),

bis zu Planstellen bei Kapitel 05 380
(Öffentliche Gesamtschulen),

bis zu Planstellen bei Kapitel 05 390
(Öffentliche Sonderschulen),

bis zu Planstellen bei Kapitel 05 410
(Öffentliche berufsbildende Schulen) und

bis zu Planstellen bei Kapitel 05 440
(Öffentliche Kollegschulen)."

4. In § 10 Abs. 1 wird die Zahl 50 000 durch 55 000 ersetzt.

5. Es wird folgender neuer § 10 a eingefügt:

"§ 10 a

(1) Die Jugendämter sind zuständig für die Bewilligung von Zuweisungen und Zuschüssen zur Förderung der offenen Jugendarbeit, soweit nicht die Zuständigkeit der Landesjugendämter nach § 5 der Landschaftsverbandsordnung vom 27. August 1984 (SGV. NW. 2022) gegeben ist. Dies gilt auch für eigene Maßnahmen der Jugendämter.

(2) Die Jugendämter bewirtschaften die hierfür im Haushaltsplan des Landes vorgesehenen Ausgaben nach Maßgabe allgemeiner Weisungen des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Satz 1 gilt entsprechend für die Erhebung der mit der Bewirtschaftung der Ausgaben zusammenhängenden Einnahmen."

6. Die Anlage zum Haushaltsgesetz erhält die aus der Anlage zu diesem Bericht ersichtliche Fassung.

MMD 1013815-4

Bericht

I. Beratungsverfahren

Allgemeines

Der Gesetzentwurf wurde in der Sitzung des Landtags am 8. September 1988 vom Finanzminister namens der Landesregierung eingebracht und in der Plenarsitzung am 14. September 1988 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß der Personalhaushalt einschließlich der Personalausgabeansätze in Titelgruppen und Sachtiteln sowie der Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" beraten wird.

Die Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses sind aus dem beigehefteten Bericht - Vorlage 10/1850 - zu ersehen.

Die Beratung der Einzelpläne zum Haushaltsgesetz oblag den Fachausschüssen. Der federführende Haushalts- und Finanzausschuß hat sich abschließend am 1. Dezember 1988 damit befaßt. Einzelheiten über die Beratungsergebnisse sind aus den Berichten zu den Einzelplänen des Haushalts - Drucksachen 10/3801 bis 10/3814 - zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989 am 22. September und 3. November 1988 beraten und in seiner Schlußsitzung am 1. Dezember 1988 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse - siehe die o. a. Berichte - mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt wird auch auf den Bericht zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1989 (Gemeindefinanzierungsgesetz 1989) - Drucksache 10/3502 - verwiesen.

Die von der Landesregierung vorgelegten Ergänzungen zum Haushaltsgesetzentwurf - Drucksachen 10/3740 und 10/3780 - wurden in die Beratungen einbezogen.

II. Beratungsergebnisse

1. Haushaltsgesetz (Drucksachen 10/3500, 10/3740 und 10/3780)

Zu § § 1 und 2

Die Änderung der Schlußsumme (§ 1) sowie die Verminderung der Nettokreditermächtigung (§ 2 Abs. 1) ergeben sich aus den Beratungsergebnissen der Fachausschüsse und des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses.

Auf die beigelegte Haushaltsübersicht (Anlage) wird verwiesen.

Zu § 7 a

a) Absatz 1 letzter Satz

Diese Einfügung ist sowohl in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" als auch im Haushalts- und Finanzausschuß einstimmig beschlossen worden.

Die Änderung geht zurück auf eine Anregung des Landesrechnungshofes. Insoweit wird auf die dem Bericht zum Einzelplan 13 - Drucksache 10/3813 - beigelegte Vorlage 10/1888 verwiesen. Auch der Ausschuß für Haushaltskontrolle hatte sich danach für die Änderung ausgesprochen.

b) Absatz 2 Buchstaben b) und c)

Die Einfügung des Buchstabens c) war von der Fraktion der SPD im Ausschuß für Schule und Weiterbildung beantragt worden (vgl. Drucksache 10/3805, dort Vorlage 10/1860, Seite 4). Im Ausschuß für Schule und Weiterbildung hatte sich die SPD-Fraktion vorbehalten, im Rahmen der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß einen Vorschlag für die Verteilung der in dieser Vorschrift genannten Stellen auf die einzelnen Schulformkapitel einzubringen. In der Sitzung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses vom 28. November 1988 war die vom Ausschuß für Schule und Weiterbildung beschlossene Fassung mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen worden.

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 1. Dezember 1988 beantragte die Fraktion der SPD § 7a Abs. 2 Buchstabe c) neu zu fassen (vgl. Beschlussempfehlung Nr. 3 b). Die Neufassung sieht eine Verteilung der Planstellen auf die einzelnen Schulformkapitel vor; sie wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen. Die Fraktion der CDU hatte ihre Ablehnung mit ihrem weitergehenden Antrag zur Schaffung eines Einstellungskorridors im Schulbereich begründet.

c) Absatz 3 Buchstabe c)

Auch diese Neufassung geht zurück auf eine Empfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Sie war in der Sitzung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" vom 28. November 1988 ebenfalls unter dem Vorbehalt einer Verteilung der in dieser Vorschrift enthaltenen Stellen auf die einzelnen Schulformkapitel mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen angenommen worden.

Auch hier basiert die beschlossene Neufassung (vgl. Beschlußempfehlung Nr. 3 c) auf einem in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 1. Dezember 1988 gestellten Änderungsantrag der Fraktion der SPD. Der Antrag sah in seinem letzten Satz folgende Aufteilung auf die Schulformkapitel vor:

- "bis zu 50 Planstellen bei Kapitel 05 310 (Öffentliche Grundschulen),
- bis zu 10 Planstellen bei Kapitel 05 340 (Öffentliche Gymnasien),
- bis zu 70 Planstellen bei Kapitel 05 380 (Öffentliche Gesamtschulen),
- bis zu 50 Planstellen bei Kapitel 05 390 (Öffentliche Sonderschulen),
- bis zu 40 Planstellen bei Kapitel 05 410 (Öffentliche berufsbildende Schulen) und
- bis zu 10 Planstellen bei Kapitel 05 440 (Öffentliche Kollegschulen)."

Die Fraktion der SPD verwies darauf, dieser Vorschlag beinhalte genau das, was in der Arbeitsgruppe diskutiert worden sei; die Verteilung entspreche dem offenkundigen Bedarf an den einzelnen Schulen und der vorgeschlagenen Aufteilung der Lehrerstellen auf die Schulformkapitel in § 7a Abs. 2 Buchstabe c).

Die Sprecher der Oppositionsfraktionen kritisierten, daß die SPD-Fraktion ihre Vorstellungen über die Verteilung der Stellen auf die Schulformkapitel erst in der Schlußsitzung des Haushalts und Finanzausschusses am 1. Dezember 1988 bekannt gemacht hätten.

Darauf hin modifizierte die SPD-Fraktion ihren Antrag dahin, in dem letzten Satz die jeweilige Zahl der Planstellen für die einzelnen Kapitel zu streichen. Der Haushalts- und Finanzausschuß kam überein, die Entscheidung in dieser Angelegenheit auf die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vor der 3. Lesung des Haushalts 1989 zu vertagen und die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" zu bitten, hierfür eine Beschlußempfehlung zu unterbreiten.

Der so modifizierte Antrag der Fraktion der SPD, § 7a Absatz 3 Buchstabe c) neu zu fassen, wurde einstimmig angenommen.

Zu § 10

Die zehnpromzentige Erhöhung der Pauschale für hauptamtliche oder hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter ist auf Antrag der Fraktion der SPD vom Ausschuß für Schule und Weiterbildung einstimmig empfohlen worden. Der Haushalts- und Finanzausschuß übernahm ebenso einstimmig diese Änderung.

Zu § 10 a)

Die Einfügung eines § 10 a) ist auf Antrag der Fraktion der SPD vom Ausschuß für Jugend und Familie empfohlen worden. Zur Begründung wird insoweit auf die Vorlage 10/1865, der Drucksache 10/3807 beigelegt, verwiesen.

Die Fraktion der CDU erklärte zu dieser Empfehlung, der Ausschuß für Jugend und Familie habe in seiner Sitzung am 25. November 1988 Einvernehmen darüber erzielt, daß die neu zu erarbeitenden Richtlinien zur Förderung der offenen Jugendarbeit vor deren Inkraftsetzung im Ausschuß beraten werden. Da die von der SPD beantragte Änderung des Haushaltsgesetzes eine grundsätzliche Änderung der Förderung der offenen Jugendarbeit zur Konsequenz habe und die haushaltsrechtlichen Auswirkungen auf die Kommunen noch nicht abzuschätzen seien, müsse dem Haushalts- und Finanzausschuß das Ergebnis der Untersuchung der finanzpolitischen Konsequenzen zur Kenntnis gegeben werden. Die Fraktion der CDU müsse daher die Einfügung des § 10a ablehnen, weil hier der zweite vor dem ersten Schritt getan werde. Die Fraktion der CDU beantragte, daß die neuen Richtlinien auch im Haushalts- und Finanzausschuß beraten werden und erst nach seiner Zustimmung in Kraft treten.

In der Diskussion zur der Empfehlung des Ausschusses für Jugend und Familie auf Einfügung des § 10a stellte sich heraus, daß mit der Verlagerung der Zuständigkeit für die Bewilligung von Zuweisungen und Zuschüssen auf die Jugendämter nicht beabsichtigt ist, das Land aus der finanziellen Verantwortung für diesen Bereich zu entlassen.

Ein Sprecher der Fraktion der CDU erklärte, die Verlagerung der Zuständigkeiten auf die Jugendämter und damit eine Dezentalisierung sei sinnvoll.

Die Fraktion der SPD hielt ihrerseits die Mitberatung der neuen Richtlinien für die Jugendarbeit im Haushalts- und Finanzausschuß durchaus für sachgerecht, denn es müsse darauf geachtet werden, daß die neuen Richtlinien keine Regelungen enthielten, die das Land anschließend in einen nicht absehbaren Zugzwang brächten.

Im Ergebnis wurde die Empfehlung des Ausschusses für Jugend und Familie auf Einfügung eines neuen § 10 a) (vgl. Beschlußempfehlung Nr. 5) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen einer Stimme aus der Fraktion der CDU, im übrigen bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.
Der Antrag der Fraktion der CDU auf Mitberatung der neuen Richtlinien für die Jugendarbeit im Haushalts- und Finanzausschuß wurde einstimmig angenommen.

Zu der Anlage zum Haushaltsgesetz

Die Neufassung der Anlage ist eine zwangsläufige Folge der Beschlüsse zur 2. Lesung des Haushalts.

Sonstige Beratungspunkte

- a) In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 1. Dezember 1988 stellte die Fraktion der F.D.P. den Antrag, § 7 a Abs. 1 des Haushaltsgesetzes zu streichen.

Begründung:

Besetzungssperren als in sich unlogische Sparmaßnahmen widersprechen einem modernen, effizienten Personalmanagement.

Die Landesregierung wird aufgefordert, statt dessen die aufgabenkritische Überprüfung des Personalbestandes zu forcieren.

Soweit sich aus einer solchen Überprüfung ergibt, daß die Wiederbesetzung nicht notwendig ist, muß die Stelle sofort ganz gestrichen, andernfalls unverzüglich neu besetzt werden.

Für eine befristete Besetzungssperre gibt es dagegen keinerlei schlüssiges Argument.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

- b) Die Fraktion der CDU wiederholte in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 1. Dezember 1988 ihren bereits in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" gestellten Antrag, § 7a Absatz 1 neu zu fassen. Zum Inhalt und zur Begründung dieser Neufassung wird auf die Anlage (Seite 1) der diesem Bericht beigehefteten Vorlage 10/1850 verwiesen.
Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.
- c) Die Fraktion der CDU beantragte in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 1.12.1988, in § 8 Abs. 3 nach Satz 2 folgenden Satz einzufügen:
"Dies gilt nicht für Fachkräfte der Bildungsarbeit in der außerschulischen Jugendarbeit (Einzelplan 07, Kapitel 07 050, Titel 684 61 UT 5 Pos. I.8) und Fachkräfte in der offenen Jugendarbeit (Einzelplan 07, Kapitel 07 050, Titel 653 61 UT 13 und 684 61 UT 13)."

Begründung:

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre für die außerschulische und offene Jugendarbeit, die bei der Kleinheit der Einheiten in der Jugendarbeit unvertretbar und unpraktikabel ist.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Die Fraktion der SPD begründete ihre Ablehnung damit, daß das Haushaltsgesetz bereits Möglichkeiten biete, beim Haushaltsvollzug in besonders begründeten Fällen Ausnahmen von der Besetzungssperre zu machen. An diesem Grundsatz solle festgehalten werden.

2. Personalhaushalt

Der Haushalts- und Finanzausschuß übernahm in seiner Schlußabstimmung einstimmig alle bereits in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" einstimmig gefaßten Beschlußempfehlungen. Gesondert diskutiert und abgestimmt wurden, ergänzt durch den mündlichen Vortrag des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", die Änderungen in den Einzelplänen, die in der Arbeitsgruppe zu kontroversen Abstimmungen geführt hatten. Insoweit wird auf den beigehefteten Bericht - Vorlage 10/1850 - verwiesen. Die Abstimmungsergebnisse im Haushalts- und Finanzausschuß ergeben sich aus dem Anhang zu diesem Bericht. Darüber hinaus wurden in der Schlußsitzung weitere Anträge zum Personalhaushalt gestellt, die sich gleichfalls aus dem Anhang zu diesem Bericht ergeben. Bei der Gesamtabstimmung über den Personalhaushalt wurden die Einzelpläne 01 - Landtag und 13 - Landesrechnungshof einstimmig, der Einzelplan 03 - Innenminister mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Einzelplan 04 - Justizminister mit den Stimmen von SPD- und F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und die übrigen Einzelpläne mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Oppositionsfraktionen angenommen. In der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses waren im übrigen folgende Punkte Gegenstand eingehender Beratungen:

2.1 Einzelplan 02 - Innenminister

Die F.D.P.-Fraktion stellte in der Schlußsitzung den Antrag, im Einzelplan 03, Kapitel 03 110 "Polizeibehörden und -einrichtungen", einen neuen Haushaltstitel mit einem Ansatz von 200 000 DM aufzubringen.

Zur Begründung führte sie an, daß mit diesen Mitteln die Kosten eines Gutachtens zur Funktionsbewertung der Polizei finanziert werden sollten. Eine solche Funktionsbewertung habe die Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne seit Jahren vergeblich vom Innenminister erbeten; man erhoffe sich von der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln nunmehr eine Realisierung.

Diesem Antrag der F.D.P. hielt die SPD-Fraktion entgegen, daß der Innenminister die Kosten für ein solches Gutachten aus den vorhandenen Ansätzen zahlen müsse, sie lehnte die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln ab. Ergänzend wurde von einem Vertreter des Ressorts darauf verwiesen, daß eine Funktionsbewertung nicht an fehlenden Ansätzen für Gutachten o.ä. gescheitert sei. Eine solche Bewertung sei sehr schwierig und man könne auch nicht auf die Erfahrungen anderer Länder zurückgreifen, da dort gleichfalls keine Stellenbewertungen vorlägen. Nach dem weiterem Hinweis, daß sich inzwischen eine Arbeitsgruppe im Innenministerium mit Stellenbewertungen im Polizeibereich beschäftige, zog die F.D.P.-Fraktion ihren Antrag zurück. Im Verlauf der Diskussion erklärte die SPD-Fraktion, daß es in Teilbereichen bereits Funktionsbewertungen gäbe; hierüber sei auch bereits dem Landtag berichtet worden. Darüber hinaus werde z.Z. über weitere Strukturveränderungen von Aufgaben bei der Polizei diskutiert. Von der CDU-Fraktion wurde im Verlauf der weiteren Beratungen der Antrag gestellt, vom Innenminister die Vorlage eines Gutachtens zur Funktionsbewertung der Polizei an den Haushalts- und Finanzausschuß bzw. die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" zu erbitten. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen. Ergänzend wies die SPD-Fraktion darauf hin, daß es gleichgültig sei, ob das Gutachten nach außen vergeben werde oder von der im Innenministerium eigens eingerichteten Arbeitsgruppe erstellt werde.

2.2 Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne hatte in ihrer Schlußsitzung die Entscheidung über die Verteilung der Planstellen und Stellen in Kapitel 06 110, Titelgruppe 64 "Neustrukturierung des Hochschulwesens" zunächst zurückgestellt. In der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses wurde von den Oppositionsfraktionen darauf hingewiesen, daß die Verteilung der Planstellen und Stellen entsprechend den Vorschlägen des Ressorts aus ihrer Sicht noch parlamentarisch ausführlich beraten werden müsse und von daher zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entscheidungsreif sei. CDU- und F.D.P.-Fraktion beantragten daher die Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerkes, durch den ermöglicht werde, daß einerseits zum jetzigen Zeitpunkt noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden müsse, andererseits eine solche Entscheidung aber noch im Laufe des

Haushaltsjahres 1989 möglich mache. Die SPD-Fraktion erklärte demgegenüber, daß sie bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Entscheidung über die Stellenverteilung für dringend erforderlich halte, weil Verzögerungen bei der Umsetzung von Stellen die Drucksituation an den Hochschulen vergrößere. Es müsse berücksichtigt werden, daß der Großteil der Stellen dem Abbau der Überlast in den wirklich überfüllten Fächern, Informatik und Betriebswirtschaftslehre sowie Wirtschaftswissenschaft an den Fachhochschulen, diene. Ein qualifizierter Sperrvermerk würde insoweit eine Verzögerung in der Milderung von Personalengpässen in den Fächern, in denen eine Überlast vorhanden ist, mit sich bringen. Im Verlauf der weiteren Diskussion schlug die SPD-Fraktion vor, vorab der vorgeschlagenen Stellenverteilung zuzustimmen und bis zur 3. Lesung in den Fraktionen darüber zu beraten, ob die Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerkes, mit dem Raum für eine ausreichende parlamentarische Beratung gewonnen werden solle, der zweckmäßige Weg sei oder ob es dafür noch andere Wege gäbe. Diesem Vorschlag vermochte sich die CDU-Fraktion nicht anzuschließen. Die CDU-Fraktion hielt es jedoch für denkbar, daß man bei einer erneuten Beratung zu dem Ergebnis kommen könne, daß man in den Bereichen, in denen es um konkrete Personalentscheidungen gehe, eine Stellenverteilung beschließe und die anderen Stellen mit einem qualifizierten Sperrvermerk versehe. Abschließend kamen die Fraktionen überein, die Entscheidung über die Verteilung der Stellen und die Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerkes bis zur 3. Lesung zurückzustellen und erneut in der Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne zu beraten.

2.3 Arbeitszeitverkürzung

Nach Abschluß der Beratungen zum Personalhaushalt erbat die CDU-Fraktion vom Finanzminister noch vor der 3. Lesung eine Gesamtdarstellung auf der Basis der beschlossenen Personalveränderungen über die Auswirkungen der im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst für 1989 vorgesehenen Arbeitszeitverkürzung auf die einzelnen Einzelpläne. Die Aufstellung wurde vom Finanzminister zugesagt.

3. Ergebnis

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse sowie der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. zur 2. Lesung an.

Der Finanzminister wurde einstimmig ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 1. Dezember 1988 offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. die Ansätze bei den hierfür im Einzelplan 14 vorgesehenen Titeln zu verändern.

Weiss
Vorsitzender

Anlage: Haushaltsübersicht
Finanzierungsübersicht
Kreditfinanzierungsplan

Anhang: Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses
zum Personaletat

Beigeheftet: Vorlage 10/1850

MMD 1013815-14

Anlage

HAUSHALTSPLAN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 1989

GESAMTPLAN

HAUSHALTSÜBERSICHT (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

FINANZIERUNGSÜBERSICHT (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

KREDITFINANZIERUNGSPLAN (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

HAUSHALTSÜBERSICHT

Einnahmen

Einzelplan	Einnahmen 1989 (TDM)	Einnahmen 1988 (TDM)
01 - Landtag	1.978,0	1.367,0
02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	2.605,1	2.710,6
03 - Innenminister	406.560,8	422.357,8
04 - Justizminister	1.090.988,2	1.059.299,4
05 - Kultusminister	91.546,2	91.472,5
06 - Minister für Wissenschaft und Forschung	1.107.801,5	1.074.972,7
07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	736.839,2	713.654,4
08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie	333.543,4	221.120,7
09 - Minister für Bundesangelegenheiten	66,6	70,3
10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	708.542,4	562.066,8
11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	2.223.867,1	2.145.445,6
12 - Finanzminister	427.835,5	417.960,2
13 - Landesrechnungshof	140,0	140,0
14 - Allgemeine Finanzverwaltung	56.002.748,1	54.352.745,2
Zusammen	63.135.062,1	61.065.383,2

Ausgaben

Einzelplan	Ausgaben 1989 (TDM)	Verpflichtungs- ermächtigungen 1989 (TDM)	Ausgaben 1988 (TDM)
01 - Landtag	116.747,9	4.100,0	136.675,0
02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	101.456,2	7.006,0	98.923,9
03 - Innenminister	4.098.195,3	168.560,0	3.996.482,0
04 - Justizminister	2.839.371,3	58.055,5	2.813.214,9
05 - Kultusminister	11.558.610,9	80.800,5	11.470.502,8
06 - Minister für Wissenschaft und Forschung	5.931.566,5	282.033,6	5.838.705,6
07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	4.895.805,7	1.001.283,0	4.306.989,5
08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie	3.181.885,1	1.766.399,0	2.842.684,8
09 - Minister für Bundesangelegenheiten	4.540,3	0,0	4.213,7
10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	1.770.648,1	627.446,5	1.525.228,5
11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	4.673.763,9	2.189.092,0	4.564.825,1
12 - Finanzminister	2.095.938,6	60.578,0	2.040.437,1
13 - Landesrechnungshof	15.736,9	0,0	15.405,1
14 - Allgemeine Finanzverwaltung	21.850.795,4	1.137.600,0	21.411.095,2
Zusammen	63.135.062,1	7.382.954,1	61.065.383,2

FINANZIERUNGSÜBERSICHT

(Mill. DM)

I.	HAUSHALTSVOLUMEN	63.135,1
II.	ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS	
1.	Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt)	63.064,5
2.	Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln und Entnahmen aus Rücklagen)	57.802,6
3.	Finanzierungssaldo	- 5.261,9
III.	ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS	
4.	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	13.888,5
4.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	8.626,6
4.21	darunter gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	8.556,0
4.3	Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	5.261,9
5.	Einnahmen aus Rücklagen	-
6.	Finanzierungssaldo	- 5.261,9
IV.	NACHRICHTLICH	
	ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	5.332,5
	dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	8.556,0
	dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz	-
	Kreditermächtigung	13.888,5

KREDITFINANZIERUNGSPLAN

I.	EINNAHMEN AUS KREDITEN	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	241,9
	vom Kreditmarkt	<u>13.888,5</u>
	Zusammen	14.130,4
II.	TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	165,5
	vom Kreditmarkt	<u>8.626,6</u>
	Zusammen	8.792,1
III.	NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	76,4
	am Kreditmarkt	<u>5.261,9</u>
	Zusammen	5.338,3

MMD 1013815-18

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und
Staatskanzlei**

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis im HFA</u>
	<u>Frakt.</u>	
<u>02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei</u>		

Planstellen

<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. B 7	CDU
- Ministerialdirigent -	u.
1 Planstelle Bes.Gr. B 4	F.D.P
- Ltd. Ministerialrat -	
1 Planstelle Bes.Gr. A 16	
- Ministerialrat -	
1 Planstelle Bes.Gr. A 13 h.D.	
- Regierungsrat -	
1 Stelle VergGr. V c/VI b BAT DA 03	
1 Stelle VergGr. VI b/VII BAT DA 03	

Begründung:

CDU- und F.D.P.-Fraktion lehnen die Ausweisung einer weiteren Abteilung in der Staatskanzlei ab. Die SPD-Fraktion ist demgegenüber der Meinung, daß diese Abteilung dringend erforderlich sei.

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen wurde der Antrag abgelehnt.

02 060 - Wissenschaftszentrum NW

CDU

Abgang (aller Stellen):

- 1 Planstelle BesGr. A 13
- Regierungsrat -
- 1 Planstelle BesGr. A 10
- Regierungsoberinspektor -

(noch Anhang)

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis im HFA</u>
	<u>Frakt.</u>	
(noch 02 060)		
1 Stelle VergGr. "außertariflich"		
3 Stellen VergGr. I b/II a BAT		
1 Stelle VI b/VII BAT		
1 Stelle VII/VIII BAT		
1 Stelle V/IV MTL		

Begründung:

Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollten die dem Wissenschaftszentrum zugewiesenen Aufgaben den Hochschulen des Landes zugewiesen werden. Die SPD-Fraktion sprach sich für eine Beibehaltung des Wissenschaftszentrums aus.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Einzelplan 03 - Innenminister

Kapitel

03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NW

a) Planstellen

Zugang: weitere 50 Planstellen
BesGr. A 9
- Kriminalkommissar -

Begründung:

Die F.D.P.-Fraktion hält die Einrichtung von weiteren 50 Planstellen der BesGr. A 9 für dringend erforderlich.

b) Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Zugang: weitere 50 Stellen BesGr. A 6
- Polizeihauptwachmeisteranwärter und
-anwärterinnen -

Begründung:

Die F.D.P.-Fraktion hält die zusätzliche Einrichtung von Anwärterstellen für unbedingt erforderlich.

Antrag der Frakt. Abstimmungsergebnis im HFA

F.D.P. Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

F.D.P. Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Einzelplan 05 - Kultusminister

verschiedene Schulkapitel

Entsprechend den Beratungen in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" sollten Finanz- und Kultusminister einen Vorschlag erarbeiten, der

einstimmig angenommen

Einzelplan 05

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA
Frakt.

eine unbefristete Beschäftigung von Lehrern im Fach Religion ermöglicht. Der Vorschlag (einschließlich der Verteilung auf die einzelnen Schulformkapitel) ergibt sich aus der Anlage 1 zur beigefügten Vorlage 10/1850.

05 300 - Schulen gemeinsam

CDU

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion, bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion, abgelehnt.

Schaffung eines Einstellungskorridors für 1.500 neue Lehrer (Wiederbesetzung jeder zweiten Planstelle); Aufteilung nach fächer- und schulformenspezifischem Bedarf auf die einzelnen Schulkapitel, bei gleichzeitiger Erhöhung des Ansatzes bei Titel 422 10 um 40 Mio DM.

05 380 - Öffentliche Gesamtschulen

SPD

Zu a) und b):

a) Planstellen

Abgang: 80 Planstellen BesGr. A 12
- Lehrer -

Mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

b) Angestellte

Zugang: 80 Stellen VergGr. IV b BAT
DA 01 - Sozialpädagogen
bei gleichzeitiger Ausbringung eines Haushaltsvermerks
"Eine Wiederbesetzung ist nach Ausscheiden von Stelleninhabern zulässig".

Einzelplan 05

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA

Kapitel

Frakt.

05 310 - 05 440

Anhebung der Stellenreserve für alle Schulformen von 4 auf 7 %.

F.D.P. Mit der Stimmen-
mehrheit der SPD-
Fraktion bei
Stimmenthaltung
der CDU-Fraktion
abgelehnt.

Begründung:

Nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion führte die Anhebung der Stellenreserve zu einem Abschmelzen des Berges an kw-Vermerken. Dies würde bereits im nächsten Jahr Neueinstellungen ermöglichen, die dazu genutzt werden sollten, weiteren Unterrichtsausfall zu vermeiden und der Überalterung des Lehrkörpers entgegenzuwirken. Die SPD-Fraktion war demgegenüber der Auffassung, daß zunächst die Auswirkung der für 1989 für alle Schulformen vorgesehenen Ausbringung einer Stellenreserve von 4 % abgewartet werden sollte und verwies auf die für das Frühjahr 1989 vorgesehene Strukturberatung über den Einzelplan 05.

05 390 - Öffentliche Sonderschulen

Einstellung von 100 Sonderschullehrern, bei gleichzeitiger Erhöhung des Ansatzes bei Titel 422 10 um 7 Mio DM.

F.D.P. Mit der Stimmen-
mehrheit der SPD-
Fraktion bei
Stimmenthaltung
der CDU-Fraktion
abgelehnt.

Begründung:

Die F.D.P.-Fraktion vertrat die Auffassung, daß die Ausstattung der Sonderschulen mit Lehrern ungenügend sei. Die wenigen möglichen Neueinstellungen reichten nicht aus, das Defizit auch nur

Einzelplan 05

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA
Frakt. _____

annähernd abzudecken. Es bedürfe jedoch gerade in diesem Bereich besonderer Anstrengungen, einen qualifizierten Unterricht zu garantieren, um Sonderschülern nicht weitere Benachteiligungen aufzuburden. Die SPD-Fraktion vermochte sich diesem Antrag nicht anzuschließen und verwies auf die ablehnende Begründung zum vorherigen Antrag der F.D.P.-Fraktion.

Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung

Kapitel (verschiedene)

Anlagen zum Einzelplan 6 der Ergänzungsvorlage zum Haushalt - Drucksache
10/3740

Vorbemerkungen:

Der Minister für Wissenschaft und Forschung hat mit Schreiben vom 8.11.88 und 18.11.88 (Vorlagen 10/1893 und 10/1920) zahlreiche Änderungen zur Ergänzungsvorlage vorgeschlagen. Diese Vorschläge sind nachfolgend unter a) bis g) sowie bei dem Kapitel 06 110 (Titelgruppe 64 und 65) aufgelistet:

zu a) bis g):

a) In der Anlage 2 (vgl. S. 59) wird bei Kapitel 06 220 gestrichen:

1 Stelle BesGr. C 3 a - Professor - Sport.

(Änderung entsprechend Vorlage 10/1893)

Mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

b) In der Anlage 3 werden bei

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA
Frakt.

- Kapitel 06 220 neu ausgebracht:

1 Stelle BesGr. C 3 a - Professor
- Sport [- 7/1989 - lfd. Nr. 1].
[Änderung entsprechend Vorlage
10/1893].

- Kapitel 06 141 neu ausgebracht:

1 Stelle BesGr. A 14 - OSTR i.H.
- Geschichte - 8/1998

- Kapitel 06 141 gestrichen:

1 Stelle BesGr. C 4 - Professor
Pädagogik - 3/1993
[Änderung entsprechend Vorlage
10/1920]

c) In der Anlage 4 (vgl. S. 71) wird bei
Kapitel 06 152 neu ausgebracht:

1 Stelle VergGr. V c - D A 08 - Vor-
klinik (lfd. Nr. 20).

d) Die Anlage 5 erhält die aus der Anla-
ge 3 zu Vorlage 10/1920 ersichtliche
Fassung.

e) Die Anlage 7 erhält die aus der
Anlage 4 zu Vorlage 10/1920
ersichtliche Fassung.

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA
Frakt.

f) Die Anlage 8 erhält die aus der Anlage zu Vorlage 10/1893 ersichtliche Fassung mit nachstehenden Änderungen:

1. Bei Kapitel 06 111 wird gestrichen:

1 Planstelle BesGr. C 3 - Professor - Slavistik

und dafür neu hinzugefügt:

1 Stelle VergGr. II a DA 01 - Lektor - Slavistik - befr.

2. Bei Kapitel 06 141 wird gestrichen:

1 Stelle BesGr. C 3 - Professor - Hüttenkunde

und dafür neu hinzugefügt:

1 Stelle VergGr. IIa - DA 01 - befristet - Anglistik

3. Es werden 15 Stellen entsprechend Anlage 5 zu Vorlage 10/1920 neu hinzugefügt.

(Änderungen zu 1. bis 3. entsprechend Vorlage 10/1920).

g) Die auf Seite 53 (dort Nr. 4) der Ergänzungsvorlage - Drucksache 10/3740 - angekündigten Umsetzungstabellen erhalten die aus der Anlage 1 zu der Vorlage 10/1920 ersichtliche Fassung.

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA
Frakt. _____

Kapitel 06 085 - Kulturwissenschaft-
liches Institut

Planstellen

und Angestelltenstellen

CDU Mit der Stimmen-
 mehrheit der
 SPD-Fraktion
 gegen die
 Stimmen der
 Oppositions-
 fraktionen ab-
 gelehnt.

Abgang: alle 4 Planstellen und
 5 Angestelltenstellen

Zur Begründung wird auf die beigelegte
Vorlage 10/1850 verwiesen.

06 110 - Hochschulen Allgemein

Titelgruppe 64 - Neustrukturierung des
Hochschulwesens

Verteilung der im Zuge der Neustruktu-
rierung verfügbar gewordenen 132 Stellen
des Jahres 1988 auf die einzelnen Kapi-
tel entsprechend der Anlage (Topf 4) zu
Vorlage 10/1893 sowie entsprechend Anla-
ge 6 zu Vorlage 10/1920 mit nachstehen-
den Änderungen zu Anlage 6 der Vorlage
10/1920:

Die Abstimmung
wurde bis zur
erneuten Beratung
in der Arbeits-
gruppe "Personal-
bedarf und
Stellenpläne"
zurückgestellt.
(Begründung s.
Bericht S.)

- Kapitel 06 230 -

Universität-Gesamthochschule Pader-
born:

Der Zugang einer Stelle VergGr. III

-DA 08 wird gestrichen

- Kapitel 06 131 - Universität Köln

Zugang einer Planstelle BesGr. C 4

- Wirtschaftsinformatik

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit,
Gesundheit und Soziales

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungsergeb-
nis im HFA

07 120 - Institut "Arbeit und Technik"

Angestellte

Abgang: alle 25 Angestelltenstellen
versch. VergGr.

(Soweit die Stellen bereits besetzt
sind, erhalten sie einen kw-Vermerk und
werden mit den entsprechenden Personal-
mitteln umgesetzt in den Einzelplan 06)

Zur Begründung wird auf die beigelegte
Vorlage 10/1850 verwiesen.

CDU

Bei Stimmen-
mehrheit der
SPD-Fraktion
gegen die Stimmen
der Oppositions-
fraktionen
abgelehnt.

Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Techno-
logie

08 010 - Ministerium

Planstellen oder Stellen für Angestellte

Abgang: 30 Planstellen oder Ange-
stelltenstellen des höheren
Dienstes

Zur Begründung wird auf die beigelegte
Vorlage 10/1850 verwiesen.

Die SPD-Fraktion sah sich außerstande,
diesem Antrag zu folgen, weil die
Auswirkungen der Tätigkeit der
Investitionsbank in der Westdeutschen
Landesbank noch nicht eingeschätzt
werden könnten. Sie verwies im übrigen
darauf, daß zunächst der vom Ministerium
erbetene Erfahrungsbericht abgewartet
werden solle.

CDU

Mit den Stimmen
von SPD-Fraktion
und F.D.P.-Frak-
tion abgelehnt.

Einzelplan 08	Antrag der_ Frakt.	Abstimmungsergeb- nis im HFA
<p><u>08 030 - Förderung der Wirtschaft,</u> <u>insbesondere des Mittelstandes</u> <u>Titelgruppe 66</u> Anderung der Erläuterungen in der Stellenübersicht:</p> <p><u>Zugang:</u> 1 Stelle VergGr. V c BAT für die institutionelle Förderung</p> <p>Zur Begründung wird auf die beigelegte Vorlage 10/1850 verwiesen. Ergänzend wurde in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses von Vertretern des Ressorts darauf verwiesen, daß die zusätzliche Stelle den Zuschuß des Landes an die Verbraucherzentrale nicht erhöht.</p>	SPD	Mit den Stimmen von SPD-Fraktion und F.D.P.-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.
<hr/> <p><u>Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten</u></p>		
<p><u>09 010 - Ministerium</u> <u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 13h.D. - Regierungsrat -</p> <p>Zur Begründung wird auf die beigelegte Vorlage 10/1850 verwiesen.</p>	CDU	Mit den Stimmen von SPD- und F.D.P.-Fraktion gegen die CDU-Fraktion abgelehnt.
<hr/> <p><u>Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr</u></p>		
<p><u>11 010 - Ministerium</u> <u>Planstellen</u> <u>Abgang:</u> 1 Planstelle BesGr. A 16 - Ministerialrat 1 Planstelle BesGr. A 13 - Regierungsrat 1 Planstelle BesGr. A 11 - Regierungsamtmann</p> <p>Zur Begründung wird auf die beigelegte Vorlage 10/1850 verwiesen.</p>	CDU	Mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

10. Wahlperiode

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Personaletat

- Drucksachen 10/3500, 10/3740 und 10/3780



Bericht über das Ergebnis der Beratungen der
Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
des Haushalts- und Finanzausschusses

Berichterstatter

Beschlußempfehlung

Der Personaletat wird mit den aus der Anlage ersichtlichen
Änderungen einschließlich des allgemeinen Beschlusses ange-
nommen.

Bericht

Allgemeines

Durch Beschluß vom 14.9.1988 hat der Landtag den Haushaltsentwurf 1989 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich der Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" erfolgt.

Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat den Personaletat in 4 Sitzungen beraten.

Wie in den Vorjahren hat es die Arbeitsgruppe auch dieses Jahr für notwendig gehalten, vor Eintritt in die Beratung und Beschlußfassung über den Personalhaushalt 1989 den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des öffentlichen Dienstes Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen zu den mit dem Haushalt zusammenhängenden Problem des öffentlichen Dienstes vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 3.10.1988, vor Aufnahme der Beratungen des Personaletats 1989, durchgeführt: hierzu wird auf das Protokoll 10/985 verwiesen.

Im einzelnen stützte die Arbeitsgruppe ihre Entscheidungen auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989 sowie schriftliche Erläuterungen hierzu), die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen und verschiedene Zuschriften zum Personalhaushalt.

Die Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse und die Anträge der Fraktionen sind gleichfalls in der als Anlage beigefügten Beschlußvorlage eingearbeitet.

Sofern es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, die Beschlußvorlagen mündlich zu ergänzen.

Dautzenberg
Vorsitzender

Haushaltsgesetz 1989

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

1. § 7 a Abs. 1 des Haushaltsgesetzes erhält folgende Fassung:

"(1) Von den bei den Titeln 422 10, 425, 426 und 429 veranschlagten Planstellen und Stellen, die nicht als künftig wegfallend bezeichnet sind, sind im Jahre 1989 insgesamt 2.000 Planstellen oder Stellen in Abgang zu stellen. Von der Einsparungsauflage sind Stellen für Auszubildende in privatrechtlichen Ausbildungsverhältnissen ausgenommen."

CDU

Mit
Stimmenmehrheit
von CDU und
F.D.P. gegen die
Stimmen der SPD
angenommen.

Begründung

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Besetzungssperre von neun Monaten ist unzweckmäßig und entspricht nicht der Bedarfslage, da sie die Erfüllung der zur Zeit bestehenden Aufgaben des Landes vom Zufall abhängig macht. Darüber hinaus kommt eine neunmonatige Sperrung einer freien oder freiwerdenden Stelle im Jahresdurchschnitt praktisch einem Verzicht auf diese Stelle gleich.

Die Besetzungssperre soll einen Konsolidierungsbeitrag von 120.000.000 DM jährlich einbringen. Diesem Ziel dient auch die vorgeschlagene Einsparungsauflage. Sie ermöglicht es, im Laufe des Haushaltsvollzuges nach aufgabenkritischen Gesichtspunkten den Stellenbestand auf den Umfang zu begrenzen, der notwendig ist, den

Personalbedarf der Aufgabenbereiche abzudecken, die im Rahmen der Möglichkeiten des Landes noch finanzierbar sind.

2. In § 7a Abs. 1, letzter Satz werden hinter den Worten "- in Fällen des Einzelplans 01 der Präsident des Landtags" die Worte
"- in Fällen des Einzelplans 13 der Präsident des Landesrechnungshofs," eingefügt.

einstimmig
angenommen

3. In § 7a Abs. 2 Buchst. b) wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und danach folgender Buchstabe c) eingefügt:
"c) im Geschäftsbereich des Kultusministers in Höhe von
- bis zu 400 Planstellen zur unbefristeten Einstellung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern mit vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen zur Verbesserung des Unterrichtsangebots,

SPD Mit den Stimmen
der SPD-Fraktion
bei Enthaltung
der Oppositions-
fraktionen ange-
nommen.

- bis zu 100 Planstellen zur unbefristeten Einstellung von Lehrern mit voller Pflichtstundenzahl zur Verbesserung des Unterrichtsangebots für Spätaussiedler bei Kapitel 05 310 (Grundschulen) nach Festlegung durch den Kultusminister insbesondere zur Einstellung von Lehrern mit der Zusatzqualifikation Deutsch als Zweitsprache oder mit den Fächern Polnisch, Russisch oder Rumänisch oder zumindest qualifizierten Kenntnissen in diesen Sprachen."

Hinweis:

Die SPD-Fraktion behielt sich dabei vor, im Rahmen der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß einen Vorschlag für die Verteilung der Stellen auf die einzelnen Schulformkapitel einzubringen.

4. § 7a Abs. 3 Buchstabe c) erhält folgende Fassung:

"c) abweichend von a) und b) im Geschäftsbereich des Kultusministers - bis 110 Planstellen zur Beschäftigung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern, die nach dem Haushaltsgesetz 1987 unbefristet mit verringerter Pflichtstundenzahl eingestellt worden sind,

SPD Mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Oppositionsfractionen angenommen.

Haushaltsgesetz 1989

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

- bis zu 230 Planstellen zur unbefristeten Einstellung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern mit vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen zur Verbesserung des Unterrichtsangebots, davon bis zu 40 Planstellen zur unbefristeten Wiedereinstellung mit voller Pflichtstundenzahl von Lehrern, die auf nach § 78 b Landesbeamtengesetz freigewordenen Stellen eingestellt wurden und bis zum Ende des Schuljahres 1985/86 mindestens zwei Schuljahre ununterbrochen mit befristeten BAT-Verträgen beschäftigt waren, und die nicht gemäß § 7 a Abs. 3 Buchst. c) Haushaltsgesetz 1986 in ein Dauerbeschäftigungsverhältnis übergeleitet wurden, weil sie die für die Entfristung zum Beginn des Schuljahres 1986/87 festgelegten Fächerkombinationen nicht aufwiesen.

Hinweis:

Dabei behielt sich die SPD-Fraktion vor, im Rahmen der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß einen Vorschlag für die Verteilung der Stellen auf die einzelnen Schulformkapitel einzubringen.

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel _____

01 010 - Landtag

<u>Zugang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 15	einstimmig
- Regierungsdirektor -	angenommen
1 Planstelle Bes.Gr. A 13 g.D.	
- Oberamtsrat -	
1 Stelle Verg.Gr. IVa BAT	
DA 01	
1 Stelle Verg.Gr. Vb/Vc BAT	
DA 01	

Gesamtabstimmung über Einzelplan 01:	einstimmig
	angenommen

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und
Staatskanzlei

MM D 10 / 3815 -37

<u>Kapitel</u>	Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Arbeitsgruppe
<u>02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei</u>		

Nach Drucklegung des
Haushaltsplanentwurfs wurden mit
Einwilligung des Haushalts- und
Finanzausschusses folgende Veränderungen
in den Stellenplänen vorgenommen:

- Zugang: 1 Leerstelle BesGr. A 14
- Oberregierungsrat -
1 Leerstelle BesGr. A 15
- Regierungsdirektor -

- Abgang: 3 Sperrvermerke bei Stellen
der Lohngruppe VI MTL II
für Fahrer

Die Maßnahmen sind noch redaktionell in
den Haushalt aufzunehmen.

Planstellen

<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. B 7 - Ministerialdirigent -	CDU	Mit der Stimmen- mehrheit der Oppositionsfrak- tionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion an- genommen.
1 Planstelle Bes.Gr. B 4 - Ltd. Ministerialrat -	F.D.P.	
1 Planstelle Bes.Gr. A 16 - Ministerialrat -		
1 Planstelle Bes.Gr. A 13 h.D. - Regierungsrat -		
1 Stelle VergGr. V c/VI b BAT DA 03		
1 Stelle VergGr. VI b/VII BAT DA 03		

Begründung:

CDU- und F.D.P.-Fraktion lehnen die
Ausweisung einer weiteren Abteilung in

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
Frakt.	Arbeitsgruppe

Kapitel
 (noch 02 010)
 der Staatskanzlei ab.

<u>Leerstellen</u>	SPD	einstimmig
<u>Zugang:</u> 1 Leerstelle BesGr. A 16		angenommen
- Ministerialrat -		
1 Leerstelle VergGr. "außertar-		
rifliche Angestellte"		

Abgang: 1 Leerstelle BesGr. A 15
 - Regierungsdirektor -
 1 Leerstelle VergGr. I BAT

<u>02 060 - Wissenschaftszentrum NW</u>	CDU	Mit der Stimmen-
		mehrheit der
<u>Abgang</u> (aller Stellen):		Oppositionsfrak-
1 Planstelle BesGr. A 13		tionen gegen die
- Regierungsrat -		SPD-Fraktion an-
1 Planstelle BesGr. A 10		genommen.
- Regierungsoberinspektor -		
1 Stelle VergGr. "außertariflich"		
3 Stellen VergGr. I b/II a BAT		
1 Stelle VI b/VII BAT		
1 Stelle VII/VIII BAT		
1 Stelle V/IV MTL		

Begründung: Wahrnehmung der Aufgabe durch die Hochschulen des Landes.

Gesamtabstimmung über Einzelplan 02:	Mit der Stimmen-
	mehrheit der
	Oppositionsfrak-
	tionen gegen die
	Stimmen der SPD-
	Fraktion abge-
	lehnt.

Einzelplan 03 - Innenminister

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

03 010 - Ministerium

Leerstellen

Zugang: 1 Stelle BesGr. A 16
- Ministerialrat

F.D.P. einstimmig
angenommen

Abgang: 1 Stelle BesGr. A 15
- Regierungsdirektor

03 110 - Polizeibehörden und Polizeiein-
richtungen des Landes NW

a) Planstellen

1. Zugang: 50 Planstellen BesGr. A 9
- Kriminalkommissar -

SPD einstimmig
angenommen

2. Anderung eines Haushaltsvermerks:

SPD einstimmig
angenommen

BesGr. A 9 - Polizeihauptmeister/
Kriminalhauptmeister

"4.174 (3.986) Stelleninhaber er-
halten eine Amtszulage gem. Fuß-
note 4 zu BesGr. A 9 BBesO"

Begründung:

Zur Erleichterung der Beförderung
von lebensälteren Beamten (sog.
"Weyerlinge")

Kapitel

(noch 03 110)

b) Angestellte

Zugang: 80 Stellen VergGr. VII/VIII
BAT DA 07 kw 31.12.1990

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

SPD einstimmig
u. Ar- angenommen
beits-
gruppe
Flug-
gast-
kontr.

c) Stellen für Beamte auf Widerruf im
Vorbereitungsdienst

Zugang: 50 Stellen BesGr. A 6
- Polizeihauptwachtmei-
steranwärter und -an-
wärterinnen -

SPD einstimmig
angenommen

Begründung:

Ersatz für Polizeibeamte, die in die
Ausbildung zur Kriminalpolizei über-
gewechselt sind.

03 310 - 5 Regierungspräsidenten

Planstellen

Zugang: 4 Planstellen BesGr. A 16
- Ltd. Reg. Schuldirektor als
Dezernent (Referent) in der
Schulaufsicht auf Bezirksebene
bei gleichzeitiger Ausbringung
eines Vermerkes an diesen
Planstellen, der folgendes
inhaltlich zum Ausdruck
bringt:

SPD einstimmig
angenommen, bei
Enthaltung der
CDU-Fraktion

"ku nach A 15 ab 1.1.1990;
diese ku-Vermerke gelten nur
für die Planstellen in der
Schulaufsicht über Realschu-
len."

Einzelplan 03

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

(noch 03 310)

Abgang: 4 Planstellen BesGr. A 15
- Reg. Schuldirektor als De-
zernent (Referent) in der
Schulaufsicht auf Bezirksebene

SPD einstimmig
angenommen, bei
Enthaltung der
CDU-Fraktion

03 350 - Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung

Planstellen

Zugang: 6 Planstellen BesGr. C 3
- Professor -
6 Planstellen BesGr. C 2
- Professor -
4 Planstellen BesGr. A 15
- Reg. Direktor -
4 Planstellen BesGr. A 14
- Oberregierungsrat -

SPD einstimmig
angenommen

Begründung:

Zur Anhebung des Anteils der hauptamt-
lichen Lehrkräfte bei der Fachhochschule
für öffentliche Verwaltung

Gesamtabstimmung über Einzelplan 03:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
SPD-Fraktion ab-
gelehnt.

Einzelplan 04 - Justizminister

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> der <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
----------------	---------------------------------------	---

04 040 - Gerichte und Staatsanwalt-
schaften

Leerstellen

<u>Zugang:</u> 1 Stelle BesGr. R 2	CDU	einstimmig angenommen
------------------------------------	-----	--------------------------

<u>Abgang:</u> 1 Stelle BesGr. R 1	CDU	einstimmig angenommen
------------------------------------	-----	--------------------------

Arbeiter:

Ausbringung eines Haushaltsvermerks an den Stellen der Lohngr. II MTL, DA 06: "Davon 14 (-) kw"	CDU	einstimmig angenommen
---	-----	--------------------------

Gesamtabstimmung Einzelplan 04:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
SPD-Fraktion ab-
gelehnt.

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel05 010 - KultusministeriumAngestellte:Zugang:

F.D.P. einstimmig
angenommen

1 Stelle "Außertariflicher Angestell-
ter" DA 01 (in Anlehnung an Bes.Gr. B
2 BBesO) bei gleichzeitiger Ausbrin-
gung eines Haushaltsvermerks: "ku
nach BAT I nach Ausscheiden des
Stelleninhabers".

Abgang:

1 Stelle Verg.Gr. I BAT, DA 01

F.D.P. einstimmig
angenommen

verschiedene Schulkapitel

Entsprechend den Beratungen in der Ar-
beitsgruppe "Personalbedarf und Stellen-
pläne" sollten Finanz- und Kultusmi-
nister einen Vorschlag erarbeiten, der
eine unbefristete Beschäftigung von Leh-
rern im Fach Religion ermöglicht. Der
Vorschlag (einschließlich der Vertei-
lung auf die einzelnen Schulformkapitel)
ergibt sich aus der Anlage 1 zu diesem
Bericht.

Bei Stimmen-
gleichheit von
SPD und CDU und
bei Abwesenheit
des Vertreters
der F.D.P. nicht
angenommen.

05 300 - Schulen gemeinsam

Schaffung eines Einstellungskorridors
für 1.500 neue Lehrer (Wiederbesetzung
jeder zweiten Planstelle); Aufteilung
nach fächer- und schulformenspezifischem
Bedarf auf die einzelnen Schulkapitel.

CDU Bei Stimmen-
gleichheit von
SPD und CDU und
bei Abwesenheit
des Vertreters
der F.D.P. nicht
angenommen.

Einzelplan 05

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-

Kapitel

Frakt. beitsgruppe

05 380 - Öffentliche Gesamtschulen

a) Planstellen

SPD

Zu a) und b):

Abgang: 80 Planstellen BesGr. A 12
- Lehrer -

Mit der Stimmen-
mehrheit der

b) Angestellte

SPD

Oppositionsfrak-
tionen gegen die
SPD-Fraktion ab-
gelehnt.

Zugang: 80 Stellen VergGr. IV b BAT
DA 01 - Sozialpädagogen

bei gleichzeitiger Ausbringung eines
Haushaltsvermerks
"Eine Wiederbesetzung ist nach Aus-
scheiden von Stelleninhabern zuläs-
sig".

05 410 - Öff. berufsbildende Schulen

Planstellen:

Zugang:

SPD

einstimmig
angenommen

1 Planstelle Bes.Gr. A 14 kw
- Oberstudienrat -

Hinweis:

Bei folgenden Änderungen handelt es sich
um Anträge der Arbeitsgruppe "Schulische
und berufliche Förderung von
ausländischen Jugendlichen".

MMD 10 / 3815 - 45

Einzelplan 05

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

1. 05 310, 05 320, 05 330, 05 340 und
05 380

einstimmig
abgelehnt

Ausbringung eines zusätzlichen Haus-
haltsvermerks:

"Von den Stellen kw dürfen mit begrenz-
ter Dauer für die Beschäftigung von Aus-
hilfskräften ausschließlich für den Un-
terrichtseinsatz im Fach Muttersprache
anstelle einer Pflichtfremdsprache und
muttersprachlicher Ergänzungsunterricht
über den bisherigen Rahmen hinaus je-
weils bis zu 25 Stellen in Anspruch ge-
nommen werden."

2. 05 330 und 05 340

Stellenzuschlag für ausländische Schüler
und Spätaussiedler in Höhe von 60 : 1.

einstimmig
abgelehnt

Gesamtabstimmung über Einzelplan 05:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
Stimmen der SPD-
Fraktion abge-
lehnt.

Kapitel (verschiedene)
Anlagen zum Einzelplan 6 der Ergänzungsvorlage zum Haushalt - Drucksache 10/3740

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Vorbemerkungen:

Der Minister für Wissenschaft und Forschung hat mit Schreiben vom 8.11.88 und 18.11.88 (Vorlagen 10/1893 und 10/1920) zahlreiche Änderungen zur Ergänzungsvorlage vorgeschlagen. Diese Vorschläge sind nachfolgend unter a) bis g) sowie bei dem Kapitel 06 110 (Titelgruppe 64 und 65) aufgelistet:

a) In der Anlage 2 (vgl. S. 59) wird bei Kapitel 06 220 gestrichen:

1 Stelle BesGr. C 3 a - Professor - Sport.
(Änderung entsprechend Vorlage 10/1893)

b) In der Anlage 3 werden bei

- Kapitel 06 220 neu ausgebracht:

1 Stelle BesGr. C 3 a - Professor - Sport (- 7/1989 - lfd. Nr. 1).
(Änderung entsprechend Vorlage 10/1893)

zu a) bis g):

Mit der Stimmenmehrheit der Oppositionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Einzelplan 06

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der Ar-
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel

- Kapitel 06 141 neu ausgebracht:

1 Stelle BesGr. A 14 - OSTR i.H.

- Geschichte - 8/1998

- Kapitel 06 141 gestrichen:

1 Stelle BesGr. C 4 - Professor

Pädagogik - 3/1993

(Änderung entsprechend Vorlage

10/1920)

c) In der Anlage 4 (vgl. S. 71) wird bei Kapitel 06 152 neu ausgebracht:

1 Stelle VergGr. V c - D A 08 - Vor-
klinik (lfd. Nr. 20).

d) Die Anlage 5 erhält die aus der Anlage 3 zu Vorlage 10/1920 ersichtliche Fassung.

e) Die Anlage 7 erhält die aus der Anlage 4 zu Vorlage 10/1920 ersichtliche Fassung.

f) Die Anlage 8 erhält die aus der Anlage zu Vorlage 10/1893 ersichtliche Fassung mit nachstehenden Änderungen:

1. Bei Kapitel 06 111 wird gestri-
chen:

1 Planstelle BesGr. C 3 - Profes-
sor - Slavistik

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppeKapitel

und dafür neu hinzugefügt:

1 Stelle VergGr. II a DA 01 - Lek-
tor - Slavistik - befr.2. Bei Kapitel 06 141 wird gestri-
chen:1 Stelle BesGr. C 3 - Professor -
Hüttenkunde

und dafür neu hinzugefügt:

1 Stelle VergGr. IIa - DA 01 - be-
fristet - Anglistik3. Es werden 15 Stellen entsprechend
Anlage 5 zu Vorlage 10/1920 neu
hinzugefügt.[Änderungen zu 1. bis 3. entspre-
chend Vorlage 10/1920].g) Die auf Seite 53 (dort Nr. 4) der Er-
gänzungsvorlage - Drucksache 10/3740
- angekündigten Umsetzungstabellen
erhalten die aus der Anlage 1 zu der-
Vorlage 10/1920 ersichtliche Fas-
sung.Kapitel 06 085 - Kulturwissenschaft-
liches InstitutPlanstellenund AngestelltenstellenAbgang: alle 4 Planstellen und
5 AngestelltenstellenCDU Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
SPD-Fraktion an-
genommen.

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppeKapitelBegründung:

Die dem kulturwissenschaftlichen Institut zugewiesenen Aufgaben sollten, um zusätzliche Kosten für die neue Einrichtung zu vermeiden, den Hochschulen des Landes zugewiesen werden.

06 110 - Hochschulen AllgemeinTitelgruppe 64 - Neustrukturierung des Hochschulwesens

Verteilung der im Zuge der Neustrukturierung verfügbar gewordenen 132 Stellen des Jahres 1988 auf die einzelnen Kapitel entsprechend der Anlage (Topf 4) zu Vorlage 10/1893 sowie entsprechend Anlage 6 zu Vorlage 10/1920 mit nachstehenden Änderungen zu Anlage 6 der Vorlage 10/1920:

- Kapitel 06 230 -
Universität-Gesamthochschule Paderborn:
Der Zugang einer Stelle VergGr. III
-DA 08 wird gestrichen
- Kapitel 06 131 - Universität Köln
Zugang einer Planstelle BesGr. C 4
- Wirtschaftsinformatik

Die Abstimmung wurde zurückgestellt; die Landesregierung wurde gebeten, bis zur Sitzung des HFA am 1.12.1988 eine Formulierung eines Haushaltsvermerkes vorzulegen, durch den ermöglicht wird, über die Problematik der Neustrukturierung erst beim Vollzug des Haushalts 1989 parlamentarisch zu entscheiden.

Klarstellender Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, daß von den 132 Stellen bereits 16 Stellen für das Fach Technologietransfer (vgl. S. 3 der Anlage - Topf 4 zu Vorlage 10/1893) mit dem Haushaltsentwurf 1989 - Drucksache 10/3500 - verteilt worden sind.

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppeKapitelTitelgruppe 65 - Konzentrationsmaßnahmen

Verteilung der im Zuge der Konzentra-
tionsmaßnahmen freigewordenen 53 Stellen
auf die einzelnen Kapitel entsprechend
der Anlage (Töpfe 2 und 3) zu Vorlage
10/1893 mit nachstehenden Änderungen zu
"Topf 2":

Kapitel 06 211 - Univ.-GH-Essen

Anstelle des Zugangs 1 Stelle der
VergGr. I b/II a -
Dauerangestellter - wird der
Zugang 1 Stelle der VergGr. I a -
Dauerangestellter - ausgewiesen.

einstimmig
angenommen

Absetzung von 11 Stellen in verschiede-
nen Hochschulkapiteln nach Maßgabe der
Anlage 2 zu diesem Bericht. Diese Stel-
len sind im Laufe des Haushaltsjahres
1988 nach der Drucklegung des Haushalts-
entwurfs (Drucksache 10/3500) in das Ka-
pitel 06 110 Titelgruppe 65 umgesetzt
und gem. der Vorlage 10/1893 wieder ver-
teilt worden. Die Absetzungen in den
verschiedenen Hochschulkapiteln müssen
noch erfolgen.

einstimmig
angenommen

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

06 111 - Universität Bonn

Angestellte

einstimmig
angenommen

- a) Zugang: 1 Stelle VergGr. Ib
- 1 Stelle VergGr. Vb/Vc
- 1 Stelle VergGr. V b
- Alle 3 Stellen jeweils mit
kw-Vermerk "§ 42 LPVG"

Begründung

Ersatzstellen für freigestellte Per-
sonalratsmitglieder

- b) Abgang: 2 Stellen VergGr. VII/VIII
- D A 07 - mit kw-Vermerk
- Einsparung 1985

einstimmig
angenommen

Arbeiter

- Zugang: 1 Stelle Lohngr. IX mit kw-Ver-
merk "§ 42 LPVG"

einstimmig
angenommen

Begründung:

Ersatzstelle für freigestelltes Perso-
nalratsmitglied

06 112 - Klinikum Bonn

Planstellen

Angestellte

Arbeiter

- Zugang: 1 Planstelle BesGr. A 9
- Regierungsamtsinspektor
- 1 Stelle VergGr. I b/II a
- 1 Stelle VergGr. Kr. V

einstimmig
angenommen

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

1 Stelle VergGr. V c
1 Stelle Lohngr. IX
Alle 5 Planstellen und Stellen
jeweils mit kw-Vermerk "§ 42
LPVG"

Begründung:

Ersatzstellen für freigestellte Personalratsmitglieder

06 131 - Universität Köln

Leerstellen

Abgang: 1 Leerstelle BesGr. C 4

- Universitätsprofessor -
für den Präsidenten des
Rhein. Westf. Instituts für
Wirtschaftsforschung (RWI)

einstimmig
angenommen

Begründung:

Die im Haushaltsplanentwurf 1989 bei
Universität Köln erstmals ausgewiesene
Leerstelle der BesGr. C 4 muß in das
Kapitel 06 151 - Universität Bochum -
verlagert werden, weil die Berufs-
kommission jetzt einen Hochschullehrer
der Universität Bochum gewählt hat. Der
ursprünglich gewählte Hochschullehrer
der Universität Köln hat inzwischen eine
andere Aufgabe übernommen und stand des-
halb nicht mehr zur Verfügung.

Die Erläuterungen sind entsprechend zu
korrigieren.

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

Angestellte:

Umwandlung einer Angestellten-Zeitstelle SPD einstimmig
BAT I b in eine Dauerstelle angenommen

Begründung:

Sicherung des DFG-Forschungsprojekts
"Prähistorie Afrikas" an der Universität
Köln

06 141 - RWTH Aachen

a) Planstellen

Abgang: 1 Planstelle BesGr. A 14 SPD einstimmig
- Oberstudienrat i.H. angenommen
{Umsetzung nach Kapitel 05
410}

Die verbindlichen Erläuterungen
(vgl. S. 493 des Haushaltsplans, dort
Nr. 110) sind entsprechend zu ändern.

b) Angestellte

Anhebung einer Angestelltenstelle BAT SPD einstimmig
I a nach BAT I angenommen

Begründung:

Höhergruppierung des Dezernenten für
Presse und Technologietransfer der TH
Aachen

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppeKapitel06 151 - Universität BochumLeerstellenZugang: 1 Leerstelle BesGr. C 4

einstimmig

- Universitätsprofessor -

angenommen

für den Präsidenten des

Rhein. Westf. Instituts für

Wirtschaftsförderung (RWI)

Begründung:

Die Leerstelle ist nach Ausgang des gemeinsamen Berufungsverfahrens bei der Universität Bochum anzubinden. Die für diesen Zweck bei der Universität Köln ausgewiesene C 4-Leerstelle kann dort entfallen.

Die Erläuterungen sind entsprechend zu ändern.

06 160 - Universität DortmundPlanstellen

Der Haushaltsvermerk "Davon 1(-) ku nach A 15" bei den Planstellen der BesGr. A 16 - Leitender Regierungsdirektor - wird gestrichen.

einstimmig

angenommen

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

06 181 - Universität Bielefeld

Angestellte

Abgang: 1 Stelle VergGr. VII/VIII
DA 07 - mit kw-Vermerk
Einsparung 1985

einstimmig
angenommen

06 211 - Universität-GH-Essen

Angestellte

In den allgemeinen Hinweisen zu den
Titeln 422 10, 425 10 und 426 10 (Seite
9 des Haushaltsplans) wird die befriste-
te Zuweisung von 2 Angestelltenstellen
der VergGr. I b/II a auf das Jahr 1991
verlängert.

SPD einstimmig
angenommen

Begründung:

Verlängerung des Forschungsschwerpunkts
"Neue Wärmepumpentechnologie" an der
Universität-Gesamthochschule Essen

06 250 - Universität - GH Wuppertal

Angestellte

Abgang: 1 Stelle VergGr. VII/VIII
- DA 07 - mit kw-Vermerk
Einsparung 1985

SPD einstimmig
angenommen

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppeKapitel06 260 - Fernuniversität-Gesamthochschu-
le HagenPlanstellen
und Angestelltenstellen

- a) Zugang: 45 Planstellen und Stellen SPD einstimmig
gem. Seiten 9 bis 12 der- angenommen
Vorlage 10/1862
- b) Bei den Titeln 422 10 und 425 10 ist einstimmig
jeweils ein Haushaltsvermerk des Ar- angenommen
beitsgruppen
inhalts anzubringen, daß eine Inan-
anspruchnahme der 45 neuen Planstellen
und Stellen [davon 16 im Jahre 1989,
15 im Jahre 1990 und 14 im Jahre
1991] der Einwilligung des Haushalts-
und Finanzausschusses bedarf.

Begründung:

Zusätzliche Stellen zum Ausbau der Fach-
richtungen Informatik und Elektrotechnik
für die Fernuniversität Hagen

06 680 - Fachhochschule Bielefeld

- In der Konzentrationsliste (S. 503 des einstimmig
Haushaltsplans) wird die Stelle Nr. 13: angenommen
"BesGr. C 3 b - Professor - Wirtschaft,
Betriebl. Steuerlehre - 2/89 -"
ersetzt durch
"BesGr. C 3 b - Professor -
Volkswirtschaftslehre - 1995 -".

Begründung:

Überlast in Wirtschaftswissenschaften

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

06 710 - Fachhochschule Dortmund

In der Konzentrationsliste (S. 573 des Haushaltsplans) wird Stelle Nr. 19:

"BesGr. C 3 b - Professor - BWL,
insbes. Rechnungswesen - 3/89 -"
ersetzt durch

einstimmig
angenommen

"BesGr. C 3 b - Professor -
Volkswirtschaftslehre - 1996 -".

Begründung:

Überlast in Wirtschaftswissenschaften

Verschiedene Hochschulkapitel [ohne
medizinische Einrichtungen]

In den von den Anlagen 1 und 3 der Ergänzungsvorlage - Drucksache 10/3740 - sowie von der Anlage 1 zu Vorlage 10/1920 betroffenen Kapiteln wird jeweils in dem bisherigen Haushaltsvermerk zu dem Titel 422 10 mit folgendem Wortlaut:

zu a) bis e):

einstimmig
angenommen

"Die allgemeinen Hinweise zu den Titeln 422 10, 425 10 und 246 10 sind verbindlich (§ 17 Abs. 1 Satz 2 LHO); freie und freiwerdende Planstellen und Stellen und die entsprechenden Personalmittel gelten nach Maßgabe

Einzelplan 06

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der Ar-
Frakt.	beitsgruppe

Kapitel

der Umsetzungsvermerke als umgesetzt nach Kapitel 06 110 Titelgruppe 65." nach den Worten "Kapitel 06 110" eingefügt:
"Titelgruppe 64 und".

Begründung:

Sicherstellung der Verbindlichkeit der neuen Tabellen durch Haushaltsvermerk. Entgegen der Ankündigung in der Ergänzungsvorlage ist dort die Verbindlichkeit nicht sichergestellt worden.

- b) Soweit der vorstehende Haushaltsvermerk in den von den Anlagen 1 und 3 der Ergänzungsvorlage - Drucksache 10/3740 - sowie von der Anlage 1 zu Vorlage 10/1920 betroffenen Hochschulkapiteln bei dem Titel 422 10 noch nicht ausgewiesen ist, wird er dort jeweils in der geänderten Fassung (mit den erforderlichen Folgeänderungen bei den Titeln 425 10 und 426 10) ausgebracht.

Begründung:

Sicherstellung der Verbindlichkeit der neuen Umsetzstabellen.

- c) Soweit in den verschiedenen Hochschulkapiteln neben vorstehendem Haushaltsvermerk (vgl. oben Buchst. a) zusätzlich folgender Haushaltsvermerk mit folgendem Wortlaut:

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

"Freie und freiwerdende Planstellen/
Stellen und die entsprechenden Perso-
nalmittel der gem. § 17 Abs. 1 Satz 2
LHO verbindlichen Erläuterungstabel-
len gelten als umgesetzt nach Kapitel
06 110 Titelgruppe 65"

ausgebracht ist, werden dieser Haus-
haltsvermerk gestrichen und die Er-
läuterungstabellen über Umsetzungen
aus der sog. Verwaltungskonzentration
in die allgemeinen Hinweise übernom-
men.

Begründung:

Klarstellung, Entfrachtung des Haus-
haltsplans von überflüssigen Haus-
haltsvermerken.

- d) In den Fußnotenhinweisen unter den
bisherigen Umsetzungstabellen (vgl.
Drucksache 10/3500) ist jeweils nach
den Worten "Kapitel 06 110" einzufü-
gen:

"Titelgruppe 65".

Begründung:

Klarstellung im Hinblick auf die neue
Titelgruppe 64

- e) Den neuen Umsetzungstabellen gem. An-
lagen 1 und 3 der Ergänzungsvorlage -
Drucksache 10/3740 - sowie gem. Anla-
ge 1 zu Vorlage 10/1920 wird jeweils
folgender Fußnotenhinweis angefügt:

Einzelplan 06

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der Ar-
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel

"Die mit einer 1 gekennzeichneten Stellen werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt, d.h. bei Beendigung der Inanspruchnahme für den derzeitigen Stelleninhaber im derzeitigen Beschäftigungsverhältnis, umgesetzt nach Kapitel 06 110 Titelgruppe 64"

Begründung

Klarstellung; (vgl. auch Vorlage 10/1920)

Kapitel der medizinischen Einrichtungen

(ohne Kapitel 06 152)

Bei Titel 429 00 wird jeweils zusätzlich folgender Haushaltsvermerk ausgebracht:

einstimmig
angenommen

"Die allgemeinen Hinweise zu Titel 429 00 sind verbindlich (§ 17 Abs. 1 Satz 2 LHO); freie und freiwerdende Planstellen und Stellen und die entsprechenden Personalmittel gelten nach Maßgabe der Umsetzungsvermerke als umgesetzt nach Kapitel 06 110 Titelgruppe 64"

Die Erläuterungen zu Titel 429 00 werden entsprechend geändert.

Begründung:

Sicherstellung der Verbindlichkeit der neuen Umsetzungstabellen. Entgegen der Ankündigung in der Ergänzungsvorlage ist dort die Verbindlichkeit nicht sichergestellt worden.

Einzelplan 06

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der Ar-
Frakt.	beitsgruppe

KapitelKapitel 06 152 - Klinikum Bochum

a) Bei Titel 422 10 wird folgender Haushaltsvermerk Nr. 2 zusätzlich ausgebracht (Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 2 wird Nr. 3.):

zu a) und b):

einstimmig
angenommen

"2. Die allgemeinen Hinweise zu den Titeln 422 10, 425 10 und 426 10 sind verbindlich (§ 17 Abs. 1 Satz 2 LHO); freie und freierwerdende Planstellen und Stellen und die entsprechenden Personalmittel gelten nach Maßgabe der Umsetzungsvermerke als umgesetzt nach Kapitel 06 110 Titelgruppe 64". Die Erläuterungen zu Titel 422 10 werden entsprechend geändert.

b) Bei den Titeln 425 10 und 426 10 werden jeweils folgende Haushaltsvermerke ausgebracht:

"Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bei Titel 422 10".

Begründung:

Sicherstellung der Verbindlichkeit der neuen Umsetzungstabellen. Entgegen der Ankündigung auf S. 52 Nr. 3 der Ergänzungsvorlage - Drucksache 10/3740 - ist dort die Verbindlichkeit nicht sichergestellt worden.

Gesamtabstimmung über Personal im Einzelplan 06:

Bei Stimmengleichheit (SPD ja, CDU und F.D.P. nein) abgelehnt.

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Kapitel	Antrag	Abstimmungsergeb-
	der	nis in der
	<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

07 010 - Ministerium

Leerstellen

<u>Zugang:</u> 1 Leerstelle BesGr. B 2	SPD	einstimmig angenommen
--	-----	--------------------------

<u>Abgang:</u> 1 Leerstelle BesGr. A 14		
---	--	--

07 120 - Institut "Arbeit und Technik"

Angestellte

<u>Abgang:</u> alle 25 Angestelltenstellen versch. VergGr.	CDU	Bei Stimmen- gleichheit (SPD nein, CDU und F.D.P. ja) abge- lehnt.
---	-----	--

(Soweit die Stellen bereits besetzt sind, erhalten sie einen kw-Vermerk und werden mit den entsprechenden Personal-
mitteln umgesetzt in den Einzelplan 06)

Begründung:

Die dem Institut "Arbeit und Technik" zugewiesenen Aufgaben sollten, um zusätzliche Kosten für die neue Einrichtung zu vermeiden, den Hochschulen des Landes zugewiesen werden.

Gesamtabstimmung im Einzelplan 07:

Bei Stimmen-
gleichheit (SPD
ja, CDU und
F.D.P. nein) ab-
gelehnt.

Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft
Mittelstand und Techno-
logie

MM D 10 / 3815 - 63

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

08 010 - Ministerium

Planstellen oder Stellen für Angestellte

Abgang: 30 Planstellen oder Ange-
stelltenstellen des höheren
Dienstes

CDU Mit den Stimmen
von SPD und
F.D.P. gegen die
CDU abgelehnt.

Begründung:

Die Landesregierung hat die Gründung ei-
ner Investitionsbank in der Westdeut-
schen Landesbank beschlossen. Hiermit
verbunden ist auch die Übertragung der
fachlichen Prüfung der Einzelprojekte
auf die Investitionsbank, die bisher im
Haus des Wirtschaftsministers durchge-
führt wurde. Zu diesem Zweck stellt die
WestLB zusätzlich 46 qualifizierte Fach-
leute ein. Die Entscheidung, eine In-
vestitionsbank mit diesen umfassenden
Aufgaben zu begründen, wirkt für den Mi-
nister für Wirtschaft, Mittelstand und
Technologie in erheblichem Umfang ar-
beitsentlastend. Dieses Einsparungspo-
tential hat sich bisher noch nicht im
Stellenplan zum Einzelplan 08 (Wirt-
schaftsministerium) niedergeschlagen.
Bei sehr vorsichtiger Abschätzung müßten
mindestens 30 Beamte/Angestellte einge-
spart oder anderen Aufgaben zugeführt
werden können. Da es sich in jedem Fall
um Angestellte des höheren Dienstes
handeln wird, kann von ca. DM 100.000,00
Kosten pro Stelle ausgegangen werden.
Das Einsparungsvolumen beträgt also
mittelfristig mindestens 3 Mio DM.

Einzelplan 08

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

(noch 08 010)

Die außerordentlich schwierige, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen belastende Lage des Landeshaushaltes gebietet es, jede Einsparungsmöglichkeit zu nutzen. Der Wirtschaftsausschuß kann hierin neue Maßstäbe setzen.

08 030 - Förderung der Wirtschaft,
insbesondere des Mittelstandes

Titelgruppe 66

Anderung der Erläuterungen in der Stellenübersicht:

Zugang: 1 Stelle VergGr. V c BAT für die institutionelle Förderung

SPD Bei Stimmen-
gleichheit (SPD
ja, CDU nein
F.D.P. Enth.) ab-
gelehnt.

Begründung:

Bei der Verbraucherzentrale werden zwei neue Halbtagsstellen eingerichtet, die zur Erledigung folgender Aufgaben dienen:

- a) Ausweitung der Verbraucher-Paß-Aktivitäten,
- b) Durchführung von Ernährungskursen.

verschiedene Kapitel

Die Landesregierung wird gebeten, baldmöglichst einen Erfahrungsbericht darüber vorzulegen, welche Auswirkungen sich im Kapitel des Ministeriums und in den nachgeordneten Bereichen durch die Tätigkeit der Investitionsbank i.S. einer Einsparung ergeben.

einstimmig
angenommen

Einzelplan 08

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

Gesamtabstimmung über Einzelplan 08:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
SPD-Fraktion ab-
gelehnt.

**Einzelplan 09 - Minister für
Bundesangelegenheiten**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

09 010 - Ministerium

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 13h.D.
- Regierungsrat -

CDU Mit den Stimmen
von SPD und
F.D.P. gegen die
CDU-Fraktion
abgelehnt.

Hinweis:

Die CDU-Fraktion hält jegliche perso-
nelle Verstärkung des Ministeriums für
entbehrlich, solange in der Führungs-
ebene gleichzeitig eine B 10 und eine
B 7 Stelle ausgewiesen sind.

Gesamtabstimmung über Einzelplan 09:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
SPD-Fraktion ab-
gelehnt.

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt,
Raumordnung und Land-
wirtschaft

MM B 10 / 3815 -67

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u> <u>der</u> <u>Frakt.</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u> <u>nis in der</u> <u>Arbeitsgruppe</u>
<u>10 260 - Landesforstverwaltung</u>		
<u>Stellen für Beamte auf Widerruf im Vor-</u> <u>bereitungsdienst</u>		
<u>Abgang: 15 Stellen Bes.Gr. A 9</u> - Forstinspektoranwärter -		einstimmig angenommen

Gesamtabstimmung über Einzelplan 10:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
SPD-Fraktion ab-
gelehnt.

Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung. Wohnen und Verkehr

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

11 010 - Ministerium

11 080 - Staatshochbauverwaltung

11 100 - Institut für Landes- und
Stadtentwicklungsforschung

Bei den Planstellen der Besoldungsgruppen

einstimmig
angenommen

- A 15 bis A 13 (Kapitel 11 010),
- A 16 bis A 11 (Kapitel 11 080) sowie
- A 16 bis A 13 und A 10 (Kapitel 11 100)

wird entsprechend dem Haushaltsplan 1988 jeweils die zutreffende Amtsbezeichnung für den allgemeinen nichttechnischen Dienst oder für den bautechnischen Dienst zusätzlich ausgebracht.
(Berichtigung eines drucktechnischen Versehens)

11 010 - Ministerium

a) Planstellen

- Abgang: 1 Planstelle BesGr. A 16
 - Ministerialrat
- 1 Planstelle BesGr. A 13
 - Regierungsrat
- 1 Planstelle BesGr. A 11
 - Regierungsamtmann

CDU Mit der Stimmenmehrheit der Oppositionsfraktionen gegen die SPD-Fraktion angenommen.

Einzelplan 11

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der Ar-
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel

Begründung

Mit dem Haushaltsentwurf 1989 werden insgesamt 3 neue Planstellen für die Aufgabe "Internationale Bauausstellung Emscherpark" angefordert. Bei dieser Aufgabe handelt es sich nicht um eine Daueraufgabe; nach der Landeshaushaltsordnung ist daher die Einrichtung von Planstellen hierfür nicht zulässig. Darüber hinaus sollte die zusätzliche Aufgabe von dem vorhandenen Personal innerhalb des Einzelplanes 11 wahrgenommen werden können.

b) Leerstellen

<u>Zugang:</u> 2 Leerstellen BesGr. B 2	SPD	einstimmig
<u>Abgang:</u> 2 Leerstellen BesGr. A 16	{1}	angenommen
	und	
	CDU	
	{1}	

Gesamtabstimmung über Einzelplan 11:

Mit der Stimmenmehrheit der Oppositionsfraktionen gegen die SPD-Fraktion abgelehnt.

Einzelplan 12 - Finanzminister

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

Kapitel

12 010 - Ministerium

Leerstellen

Zugang: 1 Leerstelle BesGr. B 2

CDU einstimmig

Abgang: 1 Leerstelle BesGr. A 16

angenommen

Zugang: 1 Leerstelle BesGr. A 16

SPD einstimmig

Abgang: 1 Leerstelle BesGr. A 15

angenommen

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle BesGr. A 11

- Regierungsamtman u.s.w. -

einstimmig

Angestellte

angenommen

Abgang: 1 Stelle VergGr. IV b/V b BAT

12 070 - Finanzbauverwaltung

Planstellen

Stellen für beamtete Hilfskräfte

Der vom Landesrechnungshof bei den Haushaltsberatungen vorgebrachten weitergehenden Anregung,

62 Angestelltenstellen der VergGr. IV b nicht in Stellen für beamtete Hilfskräfte (BesGr. A 10 z.A.), sondern entsprechend dem Stellenschlüssel direkt in Planstellen umzuwandeln,

wird nicht entsprochen, da Auswirkungen (z.B. Umgehung der Phasenverschiebung) auf andere Verwaltungsbereiche nicht auszuschließen sind.

einstimmig
angenommen

Einzelplan 12 - Finanzminister

Kapitel (noch 12 070)

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Der Finanzminister wird gebeten, in Abstimmung mit dem Landesrechnungshof zu prüfen, auf welche Weise dem Anliegen des Landesrechnungshofs auf andere Weise entsprochen werden kann, und der Arbeitsgruppe rechtzeitig für den Haushalt 1990 hierüber zu berichten.

12 100 - Rechenzentrum der Finanzver-
waltung

Planstellen

Zugang: 5 Planstellen BesGr. A 9
- Steuerinspektor -

einstimmig
angenommen

Angestellte

Abgang: 5 Stellen VergGr. IV b/V b BAT

Gesamtabstimmung über den Einzelplan 12

Mit der Stimmenmehrheit der Oppositionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

13 - 010 - Landesrechnungshof

Einrichtung: 2 Stellen für beamtete
Hilfskräfte Bes.Gr. A 14
- Oberregierungsrat -
(abgeordnete Beamte)

einstimmig
angenommen

Gesamtabstimmung über Einzelplan 13:

einstimmig
angenommen

Betr.: kw-Ausnahmevermerke für die Beschäftigung von Aushilfskräften zur Erteilung von Religionsunterricht bei den Kapiteln o5 33o, o5 34o, o5 41o und o5 44o

Im Hinblick darauf, daß aufgrund arbeitsgerichtlicher Entscheidungen die überwiegende Zahl der befristeten BAT-Verträge der Aushilfskräfte für das Fach Religion inzwischen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wurden, sind die Haushaltsvermerke wie folgt zu ändern:

Kapitel o5 33o Titel 422 1o

Bes.Gr. A 13 - Realschullehrer -

In dem letzten Haushaltsvermerk sind die Worte "mit begrenzter Dauer" zu streichen.

Kapitel o5 34o Titel 422 1o

Bes.Gr. A 13 - Studienrat -

In dem letzten Haushaltsvermerk sind die Worte "mit begrenzter Dauer" zu streichen.

Kapitel o5 41o Titel 422 1o

Bes.Gr. A 13 - Studienrat -

Der letzte Haushaltsvermerk erhält folgende Fassung:

"Von den Stellen kw dürfen für die Beschäftigung von Aushilfskräften ausschließlich für den Unterrichtseinsatz im Fach Religion bis zu 100 (100) Stellen und mit begrenzter Dauer für die Beschäftigung von Aushilfskräften für berufsfachlichen Unterricht bis zu 330 (330) Stellen in Anspruch genommen werden."

Kapitel o5 44o Titel 422 1o

Bes.Gr. A 13 - Studienrat -

"Von den Stellen kw dürfen für die Beschäftigung von Aushilfskräften ausschließlich für den Unterrichtseinsatz im Fach Religion bis zu 10 (10) Stellen und mit begrenzter Dauer für berufsfachlichen Unterricht bis zu 20 (20) Stellen in Anspruch genommen werden."

Kapitel 06 110 Titelgruppe 65

Nachträglich im Laufe des Haushaltsjahres 1988 frei gewordene
Stellen aus der Konzentration von Studienangeboten/Studiengängen:

Kapitel 06 121 - Universität Münster

- 1 Stelle Bes. Gr. C 4 - Nr. 18
- 1 Stelle Bes. Gr. C 3 - Nr. 20
- 1 Stelle Bes. Gr. C 3 - Nr. 104

Kapitel 06 131 - Universität Köln

- 1 Stelle Bes. Gr. H 1 - Nr. 101
- 1 Stelle Bes. Gr. A 15 - Nr. 14

Kapitel 06 141 - Technische Hochschule Aachen

- 1 Stelle Bes. Gr. C 4 - Nr. 8
- 1 Stelle Lohn. Gr. VII/VI - Nr. 214

Kapitel 06 151 - Universität Bochum

- 1 Stelle Verg. Gr. Ib/IIa - Nr. 9
- 1 Stelle Bes. Gr. C 4 - Nr. 78

Kapitel 06 670 - Fachhochschule Aachen

- 1 Stelle Lohn. Gr. II - Nr. 17

Kapitel 06 680 - Fachhochschule Bielefeld

- 1 Stelle Bes. Gr. A 12 - Nr. 11